



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 5. Oktober 2017
(OR. en)

12829/17

Interinstitutionelles Dossier:
2016/0230 (COD)

CLIMA 257
ENV 797
AGRI 519
FORETS 36
ONU 122
CODEC 1504

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 12330/17

Nr. Komm.dok.: 11494/16 - COM(2016) 479 Final

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen (erste Lesung)
– Allgemeine Ausrichtung

I. EINLEITUNG

1. Der Europäische Rat hat sich auf seiner Tagung vom 23./24. Oktober 2014 auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union bis 2030 verständigt und das verbindliche Ziel der EU gebilligt, die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren¹. Dieses Ziel entspricht auch dem beabsichtigten nationalen Beitrag (Intended Nationally Determined Contribution, INDC) der EU und ihrer Mitgliedstaaten, der am 6. März 2015 dem UNFCCC übermittelt wurde. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates enthalten spezifische Leitlinien, unter anderem hinsichtlich der Methode zur Festsetzung der nationalen Emissionsreduktionsziele für 2030 in den nicht unter das EHS fallenden Sektoren und der Verfügbarkeit und des Einsatzes von Flexibilitätsinstrumenten in diesen Sektoren.
2. Die Kommission hat am 20. Juli 2016 zwei Legislativvorschläge mit Blick auf den Beitrag der Nicht-EHS-Sektoren zu den Gesamtanstrengungen angenommen: Dabei geht es zum einen um verbindliche nationale Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 ("Lastenteilungsverordnung")² und zum anderen um die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 ("LULUCF-Verordnung")³. Zusammen mit dem Vorschlag für die Überarbeitung des EU-EHS soll damit sichergestellt werden, dass das Gesamtziel der EU für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen bis 2030 erreicht wird und dass die EU und die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Übereinkommens einhalten.
3. Mit der vorgeschlagenen LULUCF-Verordnung, die sich auf die geltenden EU-weiten Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften gemäß dem Beschluss Nr. 529/2013/EU stützt, soll der LULUCF-Sektor in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 integriert werden. Nach dem Vorschlag müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihr LULUCF-Sektor insgesamt keine Nettoemissionen erzeugt ("No-Debit"-Regel – Verbot einer Minusbilanz); außerdem sind darin Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften für spezifische Landnutzungssektoren niedergelegt. Ferner wird ein neues EU-Regelungsverfahren für die Festlegung der Referenzwerte für die Waldbewirtschaftung eingeführt.

¹ Dok. EUCO 169/14.

² Dok. 11483/16 + ADD 1 + ADD 2 + ADD 3.

³ Dok. 11494/16 + ADD 1 + ADD 2 + ADD 3.

4. Im Europäischen Parlament ist Norbert LINS (EPP – DE) zum Berichterstatter zu dem Vorschlag seitens des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) benannt worden. Am 13. September 2017 hat das Europäische Parlament 64 Abänderungen am Kommissionsvorschlag angenommen.
5. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen haben am 14. Dezember 2016 bzw. am 22./23. März 2017 Stellung genommen.
6. Auf der Ebene des Rates (Umwelt) ist der Vorschlag zuletzt am 19. Juni 2017 auf der Grundlage eines Sachstandsberichts⁴ zusammen mit dem Vorschlag für die Lastenteilungsverordnung erörtert worden.
7. Am 27. September 2017 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter den Vorschlag auf der Grundlage eines Kompromisstextes des Vorsitzes⁵ geprüft und ist übereingekommen, den Vorschlag dem Rat (Umwelt) im Hinblick auf die Festlegung einer allgemeinen Ausrichtung auf der Ratstagung am 13. Oktober 2017 zuzuleiten.

Aus der Aussprache zog der Vorsitz die Schlussfolgerung, dass der Kompromissvorschlag des Vorsitzes in seiner derzeitigen Fassung ein sehr empfindliches Gleichgewicht darstellt und die noch offenen Hauptfragen zur Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen auf politischer Ebene gelöst werden müssten.

⁴ Dok. 9861/17.

⁵ Dok. 12330/17.

8. Daher hat der Vorsitz beschlossen, nur begrenzte Anpassungen an dem Text vorzunehmen:
- Es wurden weitere Präzisierungen in Bezug auf die Festlegung der Referenzwerte für Wälder in den Text aufgenommen, die auf sehr spezifische länderbezogene Gegebenheiten abstellen (Erwägungsgrund 9 und Anhang IV);
 - Erwägungsgrund 10, der die "Governance"-Bestimmungen betrifft, wurde verstärkt;
 - der Text in Erwägungsgrund 15 betreffend die Berichterstattung wurde verstärkt.
- Der geänderte Kompromisstext des Vorsitzes ist in der Anlage wiedergegeben⁶.

II. SACHSTAND

9. Bei den Beratungen über den Vorschlag waren der Hauptstreitpunkt zwischen den Mitgliedstaaten die Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften für bewirtschaftete Waldflächen und insbesondere der Bezugszeitraum für den Referenzwert für Wälder. Eine Reihe von Mitgliedstaaten unterstützt den Vorschlag der Kommission, einen Referenzwert für Wälder zu wählen, der auf einem Zeitraum in der Vergangenheit beruht; sie brachten vor, dass damit die Umweltintegrität des Vorschlags am Besten gewährleistet würde, da Einflüsse aufgrund jüngerer politischer Maßnahmen ausgeschlossen würden. Einer Reihe von Mitgliedstaaten erscheint die Wahl eines solchen Zeitraums in der Vergangenheit jedoch recht willkürlich und von Nachteil zu sein, da die nationalen Gegebenheiten von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich ausfallen. Sie würden nur schwer eine nachhaltige Waldbewirtschaftungspraxis fortführen können, was in einigen Fällen bedeuten könnte, dass die Holzeinschlagsraten gegenüber dem Bezugszeitraum erhöht würden. Sie traten für unterschiedliche Zeiträume ein, wobei viele von ihnen weniger weit zurückliegende Zeiträume wünschten, damit künftige politische Maßnahmen einbezogen werden können.

⁶ Neue Vorschläge des Vorsitzes gegenüber dem vorherigen Text sind durch **Fettdruck und Unterstreichung** gekennzeichnet. Streichungen sind durch [...] gekennzeichnet. Frühere Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag sind in dem Text durch Unterstreichung gekennzeichnet..

10. Um einen gangbaren Weg aufzuzeigen, wurde ein anderer Ansatz vorgeschlagen, wonach der im Kommissionsvorschlag enthaltene Ansatz für den Referenzwert für Wälder beibehalten würde (allerdings unter Änderung des Bezugszeitraums auf den Zeitraum 2000 - 2009), wobei den Mitgliedstaaten gestattet würde, ihre verbuchten Emissionen für bewirtschaftete Waldflächen um ein gewisses Maß zu verringern. Dieser Vorschlag fand nicht genügend Zustimmung, da unter anderem eine sehr große Zahl von Mitgliedstaaten darauf bestand, an den von der Kommission vorgeschlagenen Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften festzuhalten.
11. Der Vorsitz schlug daraufhin vor, die von der Kommission vorgeschlagenen Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften beizubehalten und zum Ausgleich eine zusätzliche Flexibilitätsregelung für die Mitgliedstaaten in Form einer Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen einzuführen. Diese neue Flexibilitätsregelung würde es den Mitgliedstaaten ermöglichen, im Hinblick auf die Verpflichtung nach Artikel 4 ("No-Debit"-Regel) Emissionen auszugleichen.
- Der Rückgriff auf die Flexibilitätsregelung unterliegt bestimmten Bedingungen, um sicherzustellen, dass die Umweltintegrität des Vorschlags gewahrt bleibt; so soll die Flexibilitätsregelung nur dann zur Anwendung kommen, wenn Emissionen und Abbau im LULUCF-Sektor in der EU insgesamt ausgewogen sind ("EU-No-Debit"-Bedingung) und die Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung der Aufrechterhaltung oder gegebenenfalls der Verbesserung von Senken und Speichern von Wäldern eingeführt haben oder bis spätestens 2050 einführen werden. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten Ausgleich nur bis zu einer bestimmten Höchstmenge und höchstens in dem Maß erhalten, wie ihre Wälder noch eine Senke generieren. Diese Bedingungen sollten den Mitgliedstaaten Anreize zur Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Senke über den Zehnjahreszeitraum der LULUCF-Verordnung vermitteln.

Als Gegenleistung steht jedem Mitgliedstaat eine auf der Grundlage seiner durchschnittlichen Senke für den Zeitraum 2000 - 2009 festgelegte Anzahl potenzieller Ausgleichsleistungen zur Verfügung, die über den Zehnjahreszeitraum in Anspruch genommen werden können, was den Mitgliedstaaten ein gewisses Maß an Flexibilität und Berechenbarkeit bietet. Die einzelnen Ausgleichsmengen ergeben eine Gesamtmenge von 360 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent über zehn Jahre, also etwas weniger als 10 % der gesamten EU-Senke im Bezugszeitraum 2000-2009.

Der relative Anteil der Mitgliedstaaten würde in Abhängigkeit von ihren Waldflächen und ihrer Größe erhöht.

12. Nach intensiven Erörterungen wird nunmehr der Ansatz, die Referenzwerte für Wälder auf den Bezugszeitraum 2000-2009 zu stützen und für die Mitgliedstaaten Flexibilität in Form einer getrennten Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen vorzusehen, von allen Delegationen als Grundlage für die Erzielung einer Einigung über den LULUCF-Vorschlag akzeptiert.

Die Gesamtstruktur der neuen Flexibilitätsregelung wird von einer sehr breiten Mehrheit getragen. Eine Reihe von Delegationen hebt insbesondere hervor, dass die Beibehaltung der vorgeschlagenen Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften, die Wahl eines in der Vergangenheit liegenden Bezugszeitraums für die Festlegung des Referenzwerts für Wälder, die "EU-No-Debit"-Bedingung und der Ausschluss der Entwaldung aus der neuen Flexibilitätsregelung für sie Kernelemente darstellen.

Eine beträchtliche Anzahl von Delegationen ist bereit, den Vorschlag für die Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen in seiner derzeitigen Fassung zu unterstützen. Einige Delegationen machen ihre Unterstützung davon abhängig, dass das Gleichgewicht und die Komponenten des Kompromisses nicht weiter angetastet werden.

Eine Reihe von Delegationen hegt jedoch immer noch Bedenken zu einigen Modalitäten der Flexibilitätsregelung und/oder zur Gesamtmenge des Ausgleichs. Im Einzelnen gilt Folgendes:

- a) Eine Reihe von Delegationen erhält Vorbehalte gegen die vom Vorsitz vorgeschlagene Gesamtmenge des Ausgleichs (Anhang VII) aufrecht und tritt für eine niedrigere Menge ein. Einige dieser Delegationen hätten es ferner vorgezogen, den Ausgleich auf künftige Senken statt auf Senken der Vergangenheit zu stützen; ihres Erachtens würde dies bessere Anreize zur Aufrechterhaltung und Verbesserung von Senken vermitteln.

- b) Einige andere Delegationen erhalten Vorbehalte zu den Kriterien für die Berechnung der Ausgleichsmenge aufrecht, insbesondere zur Differenzierung zwischen den Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Waldfläche und Landfläche, was ihres Erachtens willkürlich und unfair ist. Sie geben einer lineareren Aufteilung zwischen den Mitgliedstaaten den Vorzug. Eine Delegation legte diesbezüglich einen Vorschlag vor, wonach jeder Mitgliedstaat einen Ausgleich in Höhe von 12 % der durchschnittlichen jährlichen Senke im Zeitraum 2000-2009 erhalten würde, wobei optional eine niedrige Abholzungsintensität in der Vergangenheit (unter dem EU-Durchschnitt) als zusätzliches Kriterium für die Aufteilung aufgenommen würde. Dieser Vorschlag wurde von einigen wenigen anderen Delegationen zustimmend oder mit Interesse aufgenommen.
- c) Einige wenige Delegationen bleiben bei ihren Bedenken zur "EU-No-Debit"-Bedingung (Artikel 11a Absatz 2 Buchstabe b).
13. Zwei Delegationen machen geltend, dass für sie besondere Umstände gälten und daher der Kompromisstext in seiner derzeit vom Vorsitz vorgeschlagenen Fassung ihren Problemen nicht hinreichend Rechnung trage.
- a) Eine Delegation machte entwaldungsbezogene Probleme (insbesondere in Bezug auf die Vergangenheit) geltend. Der Mitgliedstaat hat einen sehr hohen Waldflächenanteil und aufgrund anderer geografischer Gegebenheiten nur begrenzte Möglichkeiten für eine weitere Aufforstung. Die Delegation schlägt vor, unter bestimmten Voraussetzungen einen Ausgleich für Entwaldung zuzulassen (bei einem Waldflächenanteil von mehr als 60 % und nur für eine bis Ende 2020 eingetretene Entwaldung) und die betreffende Ausgleichsmenge zu erhöhen.
- Wenngleich dieser Vorschlag auf ein gewisses Maß an Verständnis stieß, waren die meisten Delegationen nicht in der Lage, sich zu diesem Zeitpunkt abschließend dazu zu äußern.
- b) Eine andere Delegation wies darauf hin, dass ihr Land im Bezugszeitraum in der Vergangenheit von einer Naturkatastrophe betroffen war, und schlug vor, dass entweder die Kommission eine Freistellung vom Bezugszeitraum bewilligen oder der Mitgliedstaat eine höhere Ausgleichsmenge erhalten sollte.
- Der Vorsitz (s. o.) schlägt vor, die vorgetragenen Bedenken dadurch zu berücksichtigen, dass weitere Präzisierungen zur Festlegung der Referenzwerte für Wälder aufgenommen werden, um derartigen Ereignissen Rechnung zu tragen.

14. Um spezifischen Anliegen, wonach bei der Festlegung der Referenzwerte für Wälder die Altersstruktur der Wälder berücksichtigt werden sollte, Rechnung zu tragen, hat die Kommission eingewilligt, eine Erklärung zur Anwendung der betreffenden Bestimmungen abzugeben.

V. FAZIT

15. Der Rat wird ersucht, auf der Grundlage der in der Anlage zu diesem Vermerk enthaltenen Fassung eine allgemeine Ausrichtung zu erzielen.

Die allgemeine Ausrichtung wird das Mandat des Rates für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens bilden.

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses⁷,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen⁸,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das verbindliche Ziel, die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 gesamtwirtschaftlich um mindestens 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, wurde in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. Oktober 2014 zu dem Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 gebilligt; dies wurde in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17./18. März 2016 erneut bestätigt. [...]

⁷ ABl. C vom , S. .

⁸ ABl. C vom , S. .

- (2) In seinen Schlussfolgerungen vom 23./24. Oktober 2014 erklärte der Europäische Rat, dass die Union dieses Ziel gemeinsam und auf möglichst kostenwirksame Weise erfüllen sollte, wobei die Sektoren, die unter das mit der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁹ eingeführte europäische Emissionshandelssystem (im Folgenden "EU-EHS") fallen, und die nicht vom System erfassten Sektoren bis 2030 eine Emissionsminderung um 43 % bzw. um 30 % (jeweils gemessen am Stand von 2005) erzielen müssen und die Anstrengungen auf der Grundlage des relativen BIP pro Kopf verteilt werden.
- (3) Diese Verordnung ist ferner Teil der Umsetzung der Verpflichtungen der Union aus dem im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (im Folgenden "UNFCCC") geschlossenen Übereinkommen von Paris¹⁰, das am 5. Oktober 2016 gemäß dem Beschluss (EU) 2016/1841 des Rates¹¹ im Namen der Union ratifiziert wurde. Die gesamtwirtschaftlichen Emissionsreduktionsziele der Union sind im beabsichtigten, national festgelegten Beitrag enthalten, den die Union und ihre Mitgliedstaaten am 6. März 2015 an das Sekretariat des UNFCCC im Hinblick auf das Übereinkommen von Paris übermittelt haben. Das Übereinkommen von Paris trat am 4. November 2016 in Kraft. [...]
- (4) Das Übereinkommen von Paris gibt ein langfristiges Ziel vor, das mit den Bestrebungen im Einklang steht, den weltweiten Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und die Bemühungen fortzusetzen, ihn auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Vertragsparteien aufeinanderfolgende beabsichtigte nationale Beiträge ausarbeiten, mitteilen und aufrechterhalten. Das Übereinkommen von Paris tritt an die Stelle der Regelung, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls von 1997 getroffen wurde und die nicht über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt wird. Im Übereinkommen von Paris wird auch gefordert, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken herzustellen, und von den Vertragsparteien verlangt, Maßnahmen zur Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung von Senken und Speichern von Treibhausgasen, darunter Wäldern, zu ergreifen.

⁹ Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32).

¹⁰ Übereinkommen von Paris (ABl. L 282 vom 19.10.2016, S. 4).

¹¹ Beschluss (EU) 2016/1841 des Rates vom 5. Oktober 2016 über den Abschluss des im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der Europäischen Union (ABl. L 282 vom 19.10.2016, S. 1).

- (5) Der Europäische Rat würdigte auf seiner Tagung vom 23./24. Oktober 2014 [...] die vielfältigen Ziele in den Bereichen Landwirtschaft und Landnutzung, die sich durch ein geringeres Klimaschutzpotenzial sowie die Notwendigkeit auszeichnen, Kohärenz zwischen den Zielen der EU in den Bereichen Ernährungssicherheit und Klimaschutz sicherzustellen. Der Europäische Rat ersuchte die Kommission zu prüfen, welches die geeignetsten Mittel sind, die nachhaltige Intensivierung der Lebensmittelerzeugung zu fördern und gleichzeitig den Beitrag dieses Sektors zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zur Bindung von Treibhausgasen, auch durch Aufforstung, zu optimieren und, sobald die technischen Gegebenheiten dies zulassen, in jedem Fall aber vor 2020, eine Strategie dafür festzulegen, wie Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen bis 2030 einzubeziehen sind.
- (6) Der LULUCF-Sektor kann auf unterschiedliche Weise zum Klimaschutz beitragen, insbesondere durch eine Verringerung der Emissionen sowie durch die Aufrechterhaltung und Verbesserung von Senken und Kohlenstoffbeständen. Damit Maßnahmen, die insbesondere auf eine verstärkte CO₂-Sequestrierung abzielen, wirksam sein können, müssen Kohlenstoffspeicher unbedingt langfristig stabil und anpassungsfähig sein.
- (7) Im Beschluss Nr. 529/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹² wurden in einem ersten Schritt Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften für Emissionen und den Abbau [...] im LULUCF-Sektor festgelegt und somit zur Entwicklung einer Politik der Einbeziehung des LULUCF-Sektors in die Emissionsreduktionsverpflichtung der Union beigetragen. Die vorliegende Verordnung sollte auf den bestehenden Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften aufbauen, diese für den Zeitraum 2021-2030 aktualisieren und Verbesserungen bringen. In der Verordnung sollten die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten bei der Durchführung dieser Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften und ihre Pflicht festgelegt werden, dafür zu sorgen, dass der LULUCF-Sektor insgesamt keine Nettoemissionen erzeugt und langfristig zu dem Ziel der Verbesserung von Senken beiträgt. Hingegen sollte sie keine Anrechnungs-, Verbuchungs- oder Berichtspflichten für private Parteien vorsehen.

¹² Beschluss Nr. 529/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Anrechnung und Verbuchung von Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen infolge von Tätigkeiten im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft und über Informationen zu Maßnahmen in Zusammenhang mit derartigen Tätigkeiten (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 80).

- (8) Damit die Emissionen und der Abbau von Treibhausgasen im Einklang mit den Leitlinien der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen für nationale Treibhausgasinventare von 2006 (im Folgenden "IPCC-Leitlinien") korrekt verbucht werden, sollten die jährlich im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates¹³ gemeldeten Werte für Landnutzungskategorien und für die Umwandlung von einer Landnutzungskategorie in die andere herangezogen werden, wodurch die Ansätze im Rahmen des UNFCCC bzw. des Kyoto-Protokolls zusammengeführt werden. Flächen, deren Nutzungsart in eine andere Kategorie überführt wird, sollten gemäß den IPCC-Leitlinien standardmäßig für eine Dauer von 20 Jahren als im Wechsel in diese Kategorie befindlich eingestuft werden. Änderungen der IPCC-Leitlinien, die die Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC oder die als Tagung der Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien annehmen wird, sollten sich gegebenenfalls in den Berichtspflichten gemäß der vorliegenden Verordnung niederschlagen.
- (9) Die Emissionen und der Abbau aus Waldflächen hängen von einer Reihe natürlicher Umstände [...], dynamischen altersbezogenen Merkmalen der Wälder sowie der früheren und gegenwärtigen Bewirtschaftungspraxis ab. Durch die Zugrundelegung eines Basisjahrs könnten diese Faktoren und die sich daraus ergebenden zyklischen Auswirkungen auf die Emissionen und den Abbau oder deren jährliche Schwankungen nicht wiedergegeben werden. Stattdessen sollten die jeweiligen Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften den Rückgriff auf Referenzwerte vorsehen, um die Wirkungen natürlicher und landesspezifischer Faktoren ausschließen zu können, **einschließlich Gegebenheiten im Zusammenhang mit der Besetzung von Hoheitsgebiet, Kriegszeiten und Nachkriegszeiten, die sich auf die Waldbewirtschaftung im Bezugszeitraum auswirken.** [...] Bei den Referenzwerten für Wälder sollte einer etwaigen unausgewogenen Altersstruktur des Waldes Rechnung getragen werden, und die künftige Waldbewirtschaftungsintensität sollte nicht über Gebühr eingeschränkt werden, wobei es das Ziel ist, langfristige Kohlenstoffsinken zu erhalten oder zu verbessern.

[...]

¹³ Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 280/2004/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 13).

- (9a) Angesichts fehlender internationaler Überprüfungsverfahren im Rahmen des UNFCCC oder des Kyoto-Protokolls sollte ein Überprüfungsverfahren eingerichtet werden, um Transparenz zu gewährleisten und die Qualität der Verbuchungen in dieser Kategorie zu verbessern.
- (10) Bei der [...] Bewertung der nationalen Anrechnungsberichte für die Forstwirtschaft, einschließlich der darin vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder, sollte sich die Kommission auf bewährte Verfahren und die Erfahrungen aus den Sachverständigenüberprüfungen im Rahmen des UNFCCC stützen, u. a. in Bezug auf die Beteiligung nationaler Sachverständiger. **Die Kommission sollte sicherstellen, dass Sachverständige aus den Mitgliedstaaten [...] an der technischen Bewertung der Frage beteiligt werden, ob die vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder im Einklang mit den Kriterien und Anforderungen der vorliegenden Verordnung bestimmt wurden.**
- (11) Die auf internationaler Ebene vereinbarten IPCC-Leitlinien sehen vor, dass Emissionen aus der Verbrennung von Biomasse im Energiesektor mit Null angesetzt werden können, vorausgesetzt, dass diese Emissionen im LULUCF-Sektor erfasst werden. In der [...] Union werden die Emissionen aus der Verbrennung von Biomasse gemäß Artikel 38 der Verordnung (EU) Nr. 601/2012 der Kommission¹⁴ und den Bestimmungen in der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 mit Null verbucht, weshalb die Einhaltung der IPCC-Leitlinien nur gewährleistet ist, wenn diese Emissionen [...] im Rahmen dieser Verordnung korrekt berücksichtigt werden.
- (12) Durch eine verstärkte nachhaltige Nutzung von Holzprodukten können die Emissionen in die Atmosphäre erheblich begrenzt und der Abbau von Treibhausgasen aus der Atmosphäre deutlich verstärkt werden. Die Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften sollten gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten die Veränderungen im Kohlenstoffspeicher der Holzprodukte zum Zeitpunkt ihres Eintretens in den entsprechenden Konten genau und transparent festhalten, damit ein Anreiz für eine bessere Nutzung von Holzprodukten mit langen Lebenszyklen geschaffen wird. Im Zusammenhang mit der Verbuchung von Holzprodukten sollte die Kommission in Bezug auf die Methode Orientierungshilfen bereitstellen.

¹⁴ Verordnung (EU) Nr. 601/2012 der Kommission vom 21. Juni 2012 über die Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 181 vom 12.7.2012, S. 30).

- (13) Natürliche Störungen wie Waldbrände, Schädlings- und Krankheitsbefall, Wetterextreme und geologische Störungen, die außerhalb der Kontrolle eines Mitgliedstaats liegen und von diesem nicht entscheidend beeinflusst werden können, können im LULUCF-Sektor vorübergehende Treibhausgasemissionen bewirken oder zu einer Umkehrung eines früheren Abbaus führen. Da Umkehrungen dieser Art auch durch Bewirtschaftungsentscheidungen herbeigeführt werden können, beispielsweise durch Entscheidungen über das Fällen oder Pflanzen von Bäumen, sollte diese Verordnung gewährleisten, dass vom Menschen verursachte Umkehrungen beim Abbau in den LULUCF-Konten stets genau erfasst werden. Außerdem sollte diese Verordnung den Mitgliedstaaten in gewissem Maße die Möglichkeit geben, Emissionen infolge von Störungen, die außerhalb der Kontrolle des Mitgliedstaats liegen, von den LULUCF-Konten auszuschließen. Die Art und Weise, in der die Mitgliedstaaten diese Vorschriften anwenden, sollte jedoch nicht dazu führen, dass Emissionen in unzulässiger Weise zu niedrig angerechnet werden.
- (14) Je nach den nationalen Präferenzen sollten die Mitgliedstaaten entscheiden können, welche nationalen Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Bereich LULUCF angemessen sind, einschließlich der Option, Emissionen aus einer Landnutzungskategorie durch den Abbau innerhalb einer anderen Landnutzungskategorie [...] auszugleichen. Sie sollten auch die Möglichkeit haben, im Zeitraum 2021-2030 den Nettoabbau zu akkumulieren. Der Handel zwischen den Mitgliedstaaten sollte als zusätzliche Option fortgesetzt werden bzw. sollte den Mitgliedstaaten gestattet sein, jährliche Emissionszuweisungen gemäß der Verordnung [LTV] zwecks Compliance mit der vorliegenden Verordnung zu verwenden. [...]
- (14a) Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung entsteht im Normalfall eine Senke und damit ein Beitrag zum Klimaschutz. [...] Im Bezugszeitraum 2000-2009 betrug die gemeldete durchschnittliche Senke aus bewirtschafteten Waldflächen pro Jahr 372 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent für die gesamte Union. Mit Blick auf die Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens von Paris und die Erreichung der ehrgeizigen Zielvorgaben bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen der Union bis 2050 sollten die Mitgliedstaaten für die Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung von Senken und Speichern aus Wäldern sorgen.

- (14b) [...] Der Abbau von Treibhausgasen im Zusammenhang mit bewirtschafteten Waldflächen wird auf einen zukunftsgerichteten Referenzwert für Wälder angerechnet. Die erwartete künftige Senke beruht auf einer Extrapolation von Waldbewirtschaftungspraxis und Intensität in einem Bezugszeitraum. Eine Verringerung der Senke gegenüber dem Referenzwert wird als Emissionen verbucht. [...] Besondere nationale Gegebenheiten und Vorgehensweisen, wie eine geringere Ernteintensität als üblich oder alternde Wälder während des Bezugszeitraums, sollten berücksichtigt werden.
- (14c) Den Mitgliedstaaten sollte daher eine gewisse Flexibilität zugestanden werden, damit sie ihre Ernteintensität vorübergehend entsprechend einer nachhaltigen Waldbewirtschaftungspraxis im Einklang mit dem Ziel des Übereinkommens von Paris erhöhen können, sofern die Gesamtemissionen in der Union den Abbau im LULUCF-Sektor insgesamt nicht übersteigen. Im Rahmen dieser Flexibilität sollte allen Mitgliedstaaten eine Grundmenge gewährt werden, die auf der Grundlage eines Ausgleichsfaktors, ausgedrückt als Prozentsatz ihrer gemeldeten Senke in den Jahren 2000 bis 2009, berechnet wird, um ihre verbuchten Emissionen aus bewirtschafteten Waldflächen auszugleichen. Es sollte sichergestellt sein, dass Mitgliedstaaten einen Ausgleich nur bis zu der Höhe erhalten, bei der der Wald in ihrem Land keine Senke mehr bildet.
- (14d) Stärker bewaldete und insbesondere kleinere bewaldete Mitgliedstaaten hängen in stärkerem Maße von bewirtschafteten Waldflächen ab, wenn es darum geht, Emissionen in anderen Kategorien der Verbuchung aufzuwiegen, und sind daher stärker betroffen und haben ein begrenztes Potenzial, ihre Waldflächen zu erhöhen. Der Prozentsatz sollte auf Grundlage der Wald- und der Landfläche erhöht werden, damit Mitgliedstaaten mit einer im Vergleich zum Unionsdurchschnitt sehr kleinen Landfläche und sehr großen Waldfläche den höchsten Prozentsatz ihrer Senke für den Bezugszeitraum erhalten würden.

- (15) **Um die Fortschritte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Einhaltung ihrer Verpflichtung im Rahmen dieser Verordnung zu überwachen und die Transparenz, Genauigkeit, Kohärenz, Vollständigkeit und Vergleichbarkeit der Informationen über die Emissionen und den Abbau von Treibhausgasen zu gewährleisten, sollten die Mitgliedstaaten der Kommission die jeweiligen Inventardaten zu den Treibhausgasen bereitstellen.** Um eine effiziente, transparente und kostengünstige Berichterstattung und Überprüfung im Bereich der Treibhausgasemissionen und des Abbaus sowie sonstiger Informationen sicherzustellen, die erforderlich sind, um die Erfüllung der Verpflichtungen zu beurteilen, sollten die Berichtspflichten in die Verordnung (EU) Nr. 525/2013 aufgenommen werden [...]; bei den Compliance-Kontrollen gemäß dieser Verordnung sollte diese Berichterstattung berücksichtigt werden. [...] [...] **Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, die Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen in Anspruch zu nehmen, sollte er in dem Compliance-Bericht auch die Menge des Ausgleichs angeben, die er in Anspruch nehmen möchte.**
- (15a) **Die Verordnung (EU) Nr. 525/2013 sollte entsprechend geändert werden.**
- (15b) **Der Beschluss Nr. 529/2013/EU sollte weiterhin für die Anrechnungs-, Verbuchungs- und Berichtspflichten für den Anrechnungszeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2020 gelten. Für die Anrechnungszeiträume ab 1. Januar 2021 sollte die vorliegende Verordnung gelten.**
- (15c) **Der Beschluss Nr. 529/2013/EU sollte entsprechend geändert werden.**
- (16) Die Europäische Umweltagentur sollte die Kommission, gegebenenfalls in Übereinstimmung mit ihrem Jahresarbeitsprogramm, bei dem System der jährlichen Berichterstattung über die Emissionen und den Abbau von Treibhausgasen, der Bewertung der Informationen über Strategien, Maßnahmen und nationale Prognosen, der Bewertung der geplanten zusätzlichen Politiken und Maßnahmen und der von der Kommission im Rahmen dieser Verordnung durchgeführten Compliance-Kontrollen unterstützen.

- (17) Um die Datenerhebung sowie das methodische Vorgehen zu verbessern, sollte eine Bestandsaufnahme der Landnutzung vorgenommen und anhand der geografischen Erfassung der einzelnen Flächen gemäß den Datenerhebungssystemen der Mitgliedstaaten und der [...] Union Bericht erstattet werden. Bestehende Programme und Erhebungen in der Union und den Mitgliedstaaten [...] sollten bestmöglich für die Datenerfassung genutzt werden. Die Datenverwaltung einschließlich des Datenaustauschs für die Weiterverwendung und Verbreitung im Rahmen der Berichterstattung sollte mit der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁵ im Einklang stehen [...].
- (18) Um eine angemessene Anrechnung und Verbuchung von Transaktionen gemäß dieser Verordnung zu ermöglichen, einschließlich der Nutzung der Flexibilitätsregelung und der Einhaltung der Vorschriften in Bezug auf die geografische Erfassung, sollte der Kommission gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte [...] zur technischen Anpassung von Begriffsbestimmungen – einschließlich der Mindestwerte für die Definition von Wäldern – Verzeichnissen von Treibhausgasen und Kohlenstoffspeichern sowie über die Anrechnung und Verbuchung von Transaktionen und die Überarbeitung von Methoden und Informationspflichten in Bezug auf natürliche Störungen zu erlassen. [...] Die erforderlichen Bestimmungen sollten in einem einzigen [...] Instrument niedergelegt werden, in dem die Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften der Richtlinie 2003/87/EG, der Verordnung (EU) Nr. 525/2013, der Verordnung [LTV] [...] und der vorliegenden Verordnung zusammengefasst werden. Besonders wichtig ist es, dass die Kommission im Rahmen ihrer Vorbereitungsarbeiten angemessene Konsultationen, auch auf Sachverständigenebene, durchführt und dass diese Konsultationen mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt sind. Um insbesondere eine gleichberechtigte Beteiligung an der Ausarbeitung der delegierten Rechtsakte zu gewährleisten, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und deren Sachverständige haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Ausarbeitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

¹⁵ Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1).

- (18a) Um einheitliche Bedingungen für die Durchführung der [...] Vorschriften für die Anrechnung und Verbuchung von bewirtschafteten Waldflächen durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse zur Festlegung der Referenzwerte für Wälder der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021-2025 bzw. den Zeitraum 2026-2030 übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁶ ausgeübt werden. [...]
- (19) Diese Verordnung sollte 2024 und 2029 [...] zwecks Bewertung ihres allgemeinen Funktionierens überprüft werden. Bei dieser Überprüfung sollten unter anderem die Veränderungen der nationalen Gegebenheiten berücksichtigt werden und die Ergebnisse des vermittelnden Dialogs von 2018 und der weltweiten Bestandsaufnahme [...] des Übereinkommens von Paris aufgegriffen werden.
- (20) Da die Ziele dieser Verordnung, insbesondere die Festlegung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die LULUCF, durch die dazu beigetragen wird, dass das Ziel der Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 eingehalten wird, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können und sich aufgrund ihres Umfangs und ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser verwirklichen lassen, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Nach dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für das Erreichen dieser Ziele erforderliche Maß hinaus –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

¹⁶ Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13).

Artikel 1
Gegenstand

Diese Verordnung enthält die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (land use, land use change and forestry – LULUCF), durch die dazu beigetragen wird, dass das Ziel der Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 eingehalten wird, sowie die Regeln für die Anrechnung und Verbuchung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen im LULUCF-Sektor und für die Überprüfung der Einhaltung dieser Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten.

Artikel 2
Geltungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt für die Emissionen und den Abbau der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Treibhausgase, die nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 innerhalb der folgenden Kategorien für die Flächenverbuchung in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021-2030 gemeldet werden:
- a) aufgeforstete Flächen: gemeldete Landnutzung: Waldfläche, die aus der Flächenart Ackerfläche, Grünland, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde;
 - b) entwaldete Flächen: gemeldete Landnutzung: Ackerfläche, Grünland, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche, die/das aus Waldfläche umgewandelt wurde;
 - c) bewirtschaftete Ackerflächen: gemeldete Landnutzung: Ackerfläche, die Ackerfläche bleibt, oder Ackerfläche, die aus der Flächenart Grünland, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde, oder Ackerfläche, die in die Flächenart Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde;
 - d) bewirtschaftetes Grünland: gemeldete Landnutzung: Grünland, das Grünland bleibt, oder Grünland, das aus der Flächenart Ackerfläche, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche in Grünland umgewandelt wurde, oder Grünland, das in die Flächenart Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde;
 - e) bewirtschaftete Waldflächen: gemeldete Landnutzung: Waldfläche, die Waldfläche bleibt.

- (2) Ein Mitgliedstaat kann die Emissionen und den Abbau der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Treibhausgase in seinem Hoheitsgebiet, die nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 innerhalb der Flächenverbuchungskategorie bewirtschaftete Feuchtgebiete (gemeldete Landnutzung: Feuchtgebiet, das Feuchtgebiet bleibt, Feuchtgebiet, das aus der Flächenart Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde, und Feuchtgebiet, das in die Flächenart Siedlung oder sonstige Fläche umgewandelt wurde) gemeldet werden, in seine Verpflichtung gemäß Artikel 4 der vorliegenden Verordnung einbeziehen. [...] Diese Verordnung gilt auch in Bezug auf die Emissionen und den Abbau, die ein Mitgliedstaat einbezieht.
- (3) Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, bewirtschaftete Feuchtgebiete gemäß Absatz 2 einzubeziehen, so teilt er dies der Kommission bis zum 31. Dezember 2020 für den Zeitraum 2021-2025 und bis zum 31. Dezember 2025 für den Zeitraum 2026-2030 mit.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

- (1) Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck
- [...]
- a) "Senke" jeden Vorgang, jede Tätigkeit oder jeden Mechanismus, der ein Treibhausgas, ein Aerosol oder einen Vorläufer eines Treibhausgases aus der Atmosphäre abbaut;
- b) "Quelle" jeden Vorgang, jede Tätigkeit oder jeden Mechanismus, der ein Treibhausgas, ein Aerosol oder einen Vorläufer eines Treibhausgases in die Atmosphäre freisetzt;
- c) "Kohlenstoffbestand" die Masse an Kohlenstoff in einem Kohlenstoffspeicher;
- d) "Kohlenstoffspeicher" das gesamte biogeochemische Wirkungsgefüge oder System im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder einen Teil dieses Wirkungsgefüges oder Systems, in dem Kohlenstoff, ein beliebiger Vorläufer eines kohlenstoffhaltigen Treibhausgases oder ein beliebiges kohlenstoffhaltiges Treibhausgas gespeichert wird;
- e) "Holzprodukt" jedes Produkt der Holzernte, das den Ernteplatz verlassen hat;

- f) "Wald" eine Landfläche, die auf der Grundlage der Mindestwerte für die Flächengröße, die Überschirmung oder den entsprechenden Bestockungsgrad sowie die potenzielle Baumhöhe im Reifealter am Wachstumsort der Bäume bestimmt wird, und zwar gemäß den Angaben für die einzelnen Mitgliedstaaten in Anhang II. Dazu gehören auch Flächen mit Bäumen, einschließlich Gruppen noch wachsender junger Naturbäume, oder Pflanzungen, die die Mindestwerte für die Beschirmung oder den entsprechenden Bestockungsgrad oder die Mindestbaumhöhe [...] gemäß Anhang II noch nicht erreicht haben, einschließlich jeder Fläche, die normalerweise Teil des Waldgebietes ist, auf der jedoch aufgrund menschlicher Eingriffe wie der Holzernte oder aus natürlichen Gründen vorübergehend keine Bäume stehen, von der jedoch erwartet werden kann, dass sie wieder bewaldet sein wird;
- fa) "Referenzwert für Wälder" den geschätzten Wert der durchschnittlichen jährlichen Nettoemissionen oder des durchschnittlichen jährlichen Nettoabbaus aus bewirtschafteten Waldflächen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030 auf der Grundlage der in dieser Verordnung genannten Kriterien; der Referenzwert für Wälder wird in Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr ausgedrückt;
- fb) "Halbwertszeit" die Anzahl Jahre, die nötig ist, um die Menge an Kohlenstoff in einer Kategorie von Holzprodukten auf die Hälfte des Anfangswerts abzubauen;
- [...]
- g) "natürliche Störungen" alle nicht anthropogenen Ereignisse oder Situationen, die in Wäldern erhebliche Emissionen verursachen und deren Auftreten außerhalb der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats liegt, vorausgesetzt, der Mitgliedstaat ist objektiv außerstande, die Folgen der Ereignisse oder Situationen unter Emissionsgesichtspunkten selbst nach ihrem Auftreten wesentlich zu begrenzen;
- h) "sofortige Oxidation" eine Anrechnungsmethode, die auf der Annahme basiert, dass die gesamte Menge des in Holzprodukten gespeicherten Kohlenstoffs zum Zeitpunkt der Ernte in die Atmosphäre freigesetzt wird.

- (2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14 delegierte Rechtsakte [...] zu erlassen, um die Begriffsbestimmungen in Absatz 1 zu ändern oder zu streichen oder neue Begriffsbestimmungen darin aufzunehmen, um Absatz 1 an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen und die Kohärenz zwischen diesen Begriffsbestimmungen und etwaigen Änderungen relevanter Begriffsbestimmungen in den Leitlinien des IPCC für nationale Treibhausgasinventare (im Folgenden "IPCC-Leitlinien"), die die Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC oder die als Tagung der Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien gegebenenfalls annehmen wird, zu gewährleisten.

Artikel 4

Verpflichtungen

Für den Zeitraum 2021-2025 und den Zeitraum 2026-2030 müssen die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der in den Artikeln 11 und 11a vorgesehenen Flexibilitätsregelung dafür sorgen, dass die Emissionen nicht den Abbau übersteigen, wobei dies in Übereinstimmung mit der Verbuchung gemäß dieser Verordnung als die Summe der Gesamtemissionen und des Gesamtabbaus in ihrem Hoheitsgebiet in allen in Artikel 2 genannten Kategorien der Flächenverbuchung zusammengenommen zu berechnen ist.

Artikel 5

Allgemeine Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften

- (1) Jeder Mitgliedstaat erstellt und führt Konten, die die Emissionen und den Abbau in den einzelnen in Artikel 2 genannten Kategorien für die Flächenverbuchung korrekt widerspiegeln. Die Mitgliedstaaten gewährleisten die Genauigkeit, Vollständigkeit, Kohärenz, Vergleichbarkeit und Transparenz ihrer Konten und sonstiger Daten, die gemäß dieser Verordnung mitgeteilt werden. Die Mitgliedstaaten weisen Emissionen mit einem Pluszeichen (+) und den Abbau mit einem Minuszeichen (–) aus.
- (2) Die Mitgliedstaaten verhindern die Doppelzählung von Emissionen oder Abbau, indem sie insbesondere sicherstellen, dass die Emissionen und der Abbau nicht in mehreren Flächenverbuchungskategorien verbucht werden.

- (3) Die Mitgliedstaaten überführen die Flächenart Waldfläche, Ackerfläche, Grünland, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche aus der jeweiligen Kategorie solcher Flächen, die in eine andere Flächenart umgewandelt wurden, 20 Jahre nach dem Zeitpunkt der Umwandlung in die Kategorie für solche Flächen, die dieselbe Flächenart bleiben.
- (4) Die Mitgliedstaaten erfassen jegliche Änderung des Kohlenstoffbestands in den in Anhang I Abschnitt B aufgelisteten Kohlenstoffspeichern in ihren Konten für die einzelnen Kategorien für die Flächenverbuchung. Die Mitgliedstaaten können beschließen, Änderungen des Kohlenstoffbestands in Kohlenstoffspeichern nicht in ihren Konten zu erfassen, wenn es sich bei dem Kohlenstoffspeicher nicht um eine Quelle handelt, es sei denn, es handelt sich um oberirdische Biomasse oder um Holzprodukte auf bewirtschafteten Waldflächen.
- (5) Die Mitgliedstaaten führen vollständige und genaue Aufzeichnungen aller Daten, die bei der Erstellung ihrer Konten verwendet werden.
- (6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs I zu erlassen, um Änderungen der IPCC-Leitlinien Rechnung zu tragen, die die Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC oder die als Tagung der Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien gegebenenfalls annehmen wird.

Artikel 6

Verbuchung bei aufgeforsteten und entwaldeten Flächen

- (1) Die Mitgliedstaaten verbuchen die Emissionen und den Abbau aus aufgeforsteten Flächen und aus entwaldeten Flächen als die Gesamtemissionen und den Gesamtabbau für jedes einzelne Jahr in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030.
- (2) Abweichend von der Pflicht zur Anwendung des in Artikel 5 Absatz 3 festgelegten Standardwerts können die Mitgliedstaaten die Flächenart Ackerfläche, Grünland, Feuchtgebiet, Siedlung oder sonstige Fläche aus der jeweiligen Kategorie solcher Flächen, die in Waldfläche umgewandelt wurden, 30 Jahre nach dem Zeitpunkt der Umwandlung in die Kategorie "Waldfläche, die Waldfläche bleibt" überführen, wenn dies nach den IPCC-Leitlinien gerechtfertigt ist.

- (3) Bei den Berechnungen der Emissionen und des Abbaus aus aufgeforsteten Flächen und aus entwaldeten Flächen bestimmen die Mitgliedstaaten das Waldgebiet nach den in Anhang II angegebenen [...] Parametern.

Artikel 7

Verbuchung bei bewirtschafteten Ackerflächen, bewirtschaftetem Grünland und bewirtschafteten Feuchtgebieten

- (1) Die Mitgliedstaaten verbuchen die Emissionen und den Abbau aus bewirtschafteten Ackerflächen, die sich aus der Berechnung der Emissionen und des Abbaus in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030 abzüglich des Produkts aus der Multiplikation der durchschnittlichen Jahresemissionen und des durchschnittlichen Jahresabbaus aus bewirtschafteten Ackerflächen in dem Mitgliedstaat im Referenzzeitraum 2005-2009 mit dem Faktor fünf ergeben.
- (2) Die Mitgliedstaaten verbuchen die Emissionen und den Abbau aus bewirtschaftetem Grünland, die sich aus der Berechnung der Emissionen und des Abbaus in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030 abzüglich des Produkts aus der Multiplikation der durchschnittlichen Jahresemissionen und des durchschnittlichen Jahresabbaus aus bewirtschaftetem Grünland in dem Mitgliedstaat im Referenzzeitraum 2005-2009 mit dem Faktor fünf ergeben.
- (3) [...]
- (4) Die Mitgliedstaaten, die [...] bewirtschaftete Feuchtgebiete gemäß Artikel 2 [...] einbeziehen, verbuchen die Emissionen und den Abbau aus bewirtschafteten Feuchtgebieten, die sich aus der Berechnung der Emissionen und des Abbaus in den Zeiträumen 2021-2025 und/oder 2026-2030 abzüglich des Produkts aus der Multiplikation der durchschnittlichen Jahresemissionen und des durchschnittlichen Jahresabbaus aus bewirtschafteten Feuchtgebieten in dem Mitgliedstaat im Referenzzeitraum 2005-2009 mit dem Faktor fünf ergeben.

Artikel 8

Verbuchung bei bewirtschafteten Waldflächen

- (1) Die Mitgliedstaaten verbuchen die Emissionen und den Abbau aus bewirtschafteten Waldflächen, die sich aus der Berechnung der Emissionen und des Abbaus in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030 abzüglich des Produkts aus der Multiplikation [...] des Referenzwerts für Wälder des betreffenden Mitgliedstaats mit dem Faktor fünf ergeben.

- (2) Fällt das Ergebnis der Berechnung gemäß Absatz 1 im Verhältnis zum Referenzwert für Wälder eines Mitgliedstaats negativ aus, so verbucht der betreffende Mitgliedstaat in seinem Konto für bewirtschaftete Waldflächen als Gesamtnettoabbau maximal das Äquivalent von 3,5 % seiner Emissionen in seinem Basisjahr oder -zeitraum gemäß Anhang III, multipliziert mit dem Faktor fünf. Der Nettoabbau aus dem Kohlenstoffspeicher von Holzprodukten auf bewirtschafteten Waldflächen unterliegt nicht dieser Beschränkung.

[...]

- (3) Die Mitgliedstaaten legen [...] ihren Referenzwert für Wälder anhand der Kriterien in Anhang IV Abschnitt A fest. Sie legen der Kommission bis zum [31. Dezember 2018]¹⁷ für den Zeitraum 2021-2025 und bis zum 30. Juni 2023 für den Zeitraum 2026-2030 einen nationalen Anrechnungsbericht für die Forstwirtschaft einschließlich eines Vorschlags für einen Referenzwert für Wälder vor. Der nationale Anrechnungsbericht für die Forstwirtschaft muss alle in Anhang IV Abschnitt B aufgeführten Elemente enthalten [...].

- (4) Der Referenzwert für Wälder [...] muss auf einer Fortsetzung der nachhaltigen Waldbewirtschaftungspraxis und -intensität beruhen, die zwischen 2000 und 2009 in Bezug auf dynamische altersbezogene Merkmale des Waldes in den nationalen Wäldern dokumentiert wurden. Für die Bestimmung des Referenzwerts für Wälder ist ein konstantes Verhältnis zwischen stofflicher und energetischer Nutzung von Waldbiomasse anzunehmen, das zwischen 2000 und 2009 dokumentiert wurde.

[...] Die Mitgliedstaaten müssen nachweisen, dass zwischen den im Anrechnungsbericht für die Forstwirtschaft verwendeten Methoden und Daten zur Bestimmung des vorgeschlagenen Referenzwerts für Wälder und denjenigen, die für die Berichterstattung über bewirtschaftete Waldflächen verwendet wurden, Kohärenz besteht. [...]

¹⁷ Das Datum sollte später unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Annahme des Verordnungsentwurfs festgelegt werden.

- (5) Die Kommission nimmt nach Konsultation von Sachverständigen, die von den Mitgliedstaaten ernannt werden, eine technische Bewertung der von den Mitgliedstaaten gemäß Absatz 3 vorgelegten nationalen Anrechnungsberichte für die Forstwirtschaft vor, um zu prüfen, inwieweit die vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder im Einklang mit den Grundsätzen und Anforderungen der Absätze 3 und 4 sowie des Artikels 5 Absatz 1 festgelegt wurden. [...] Die Kommission veröffentlicht eine Zusammenfassung der durchgeführten Arbeiten, einschließlich der Stellungnahmen der von den Mitgliedstaaten ernannten Sachverständigen und der diesbezüglichen Schlussfolgerungen.

Die Kommission kann [...] technische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten, in denen die Schlussfolgerungen der technischen Bewertung ihren Niederschlag finden, um die technische Überarbeitung der vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder zu erleichtern. [...] Die Kommission veröffentlicht die technischen Empfehlungen.

- (5a) Falls erforderlich aufgrund der technischen Bewertungen und gegebenenfalls der technischen Empfehlungen, legen die Mitgliedstaaten der Kommission ihre überarbeiteten vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder bis zum 31. Dezember 2019 für den Zeitraum 2021-2025 und bis zum 30. Juni 2024 für den Zeitraum 2026-2030 vor. Die Kommission veröffentlicht die von den Mitgliedstaaten vorgelegten vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder.

- (6) [...] Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten vorgelegten vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder erlässt die Kommission im Lichte der nach Absatz 5 vorgenommenen technischen Bewertung und unter Berücksichtigung der gemäß Absatz 5a vorgelegten überarbeiteten vorgeschlagenen Referenzwerte für Wälder Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der Referenzwerte für Wälder, die die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021-2025 und im Zeitraum 2026-2030 anwenden müssen. [...]

- (7) [...] Legt ein Mitgliedstaat der Kommission seinen Referenzwert für Wälder nicht bis zu den in Absatz 3 und gegebenenfalls Absatz 5a genannten Daten vor, so erlässt die Kommission im Lichte etwaiger technischer Bewertungen gemäß Absatz 5 Durchführungsrechtsakte zur Festlegung des Referenzwerts für Wälder, den der betreffende Mitgliedstaat im Zeitraum 2021-2025 und im Zeitraum 2026-2030 anwenden muss.
- (7a) Die Durchführungsrechtsakte nach den Absätzen 6 und 7 werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 14a bis zum 31. Dezember 2020 für den Zeitraum 2021-2025 und bis zum 30. Juni 2025 für den Zeitraum 2026-2030 erlassen.
- (7b) Zur Gewährleistung der Kohärenz im Sinne von Absatz 4 Unterabsatz 2 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission erforderlichenfalls technische Berichtigungen, die keine Änderungen der gemäß den vorstehenden Absätzen erlassenen Durchführungsrechtsakte erfordern, spätestens bis zu den in Artikel 12 Absatz 1 genannten Daten.

Artikel 9

Verbuchung bei Holzprodukten

- (1) In den Konten gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 1 für Holzprodukte verbuchen die Mitgliedstaaten die Emissionen und den Abbau infolge von Änderungen des Holzproduktspeichers in den nachstehend aufgeführten Kategorien unter Zugrundelegung der Zerfallsfunktion erster Ordnung, der Methoden und der Standard-Halbwertszeiten gemäß Anhang V:
- a) Papier;
 - b) Holzwerkstoffe;
 - c) Schnittholz.

- (2) Die Mitgliedstaaten können diese Kategorien um Informationen über andere Produkte aus Materialien auf Holzbasis, einschließlich Rinde, ergänzen, sofern die verfügbaren Daten transparent und überprüfbar sind.

[...]

Artikel 10

Verbuchung bei natürlichen Störungen

- (1) [...] Für die Zeiträume 2021-2025 und 2026-2030 können die Mitgliedstaaten Treibhausgasemissionen infolge natürlicher Störungen, die die durchschnittlichen Emissionen infolge natürlicher Störungen im Zeitraum 1997-2016 übersteigen, unter Ausschluss von nach Maßgabe dieses Artikels und des Anhangs VI berechneten statistischen Ausreißern ("Grundbelastung") von ihren Konten für aufgeförstete Flächen und für bewirtschaftete Waldflächen ausschließen.
- (2) Wendet ein Mitgliedstaat Absatz 1 an, so muss er
- a) der Kommission für jede in Absatz 1 genannte Kategorie für die Flächenverbuchung Informationen über die Grundbelastung und über die im Einklang mit Anhang VI verwendeten Daten und Methoden übermitteln, und
 - b) [...] bis 2030 jeglichen späteren Abbau auf Flächen, die aufgrund natürlicher Störungen geschädigt wurden, von der Verbuchung ausschließen.
- (3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs VI zu erlassen, um die Methode und die Informationspflichten in diesem Anhang [...] zu überarbeiten, um Änderungen der IPCC-Leitlinien Rechnung zu tragen, die die Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC oder die als Tagung der Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien gegebenenfalls annehmen wird.

Artikel 10a

Flexibilitätsregelung

- (1) Ein Mitgliedstaat kann
 - a) die allgemeine Flexibilitätsregelung gemäß Artikel 11 und
 - b) die Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen gemäß Artikel 11a in Anspruch nehmen, um die Verpflichtung gemäß Artikel 4 einzuhalten.
- (2) Erfüllt ein Mitgliedstaat seine Überwachungspflichten gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe da der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 nicht, so untersagt der gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2003/87/EG benannte Zentralverwalter (im Folgenden "Zentralverwalter") diesem Mitgliedstaat vorübergehend die Übertragung oder das "Banking" gemäß Artikel 11 Absatz 2 bzw. 3 oder die Inanspruchnahme der Flexibilitätsregelung gemäß Artikel 11a¹⁸.

Artikel 11

Allgemeine Flexibilitätsregelung

- (1) Übersteigen in einem Mitgliedstaat die Gesamtemissionen den Abbau, und hat dieser Mitgliedstaat beschlossen, seine Flexibilitätsmöglichkeit in Anspruch zu nehmen, und hat er beantragt, dass jährliche Emissionszuweisungen gemäß der Verordnung [LTV] gelöscht werden, so ist diese Menge in Bezug auf die Einhaltung der in Artikel 4 der vorliegenden Verordnung festgelegten Verpflichtungen seitens dieses Mitgliedstaats zu berücksichtigen.
- (2) Übersteigt in einem Mitgliedstaat der Gesamtabbau die Emissionen, so kann dieser Mitgliedstaat nach Abzug etwaiger gemäß Artikel 7 der Verordnung [LTV] berücksichtigter Mengen den Überschuss an einen anderen Mitgliedstaat übertragen. Die übertragene Menge muss bei der Feststellung, ob der empfangene Mitgliedstaat seine Verpflichtungen gemäß Artikel 4 der vorliegenden Verordnung erfüllt hat, berücksichtigt werden.
- (3) Übersteigt in einem Mitgliedstaat im Zeitraum 2021-2025 der Gesamtabbau die Emissionen, so kann dieser Mitgliedstaat nach Abzug etwaiger gemäß Artikel 7 der Verordnung [LTV] [...] berücksichtigter oder gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels an einen anderen Mitgliedstaat übertragener Mengen den Überschuss auf den Zeitraum 2026-2030 übertragen ("Banking").

¹⁸ Aus Artikel 11 Absatz 5 übernommen.

- (4) Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird der Nettoabbau, der gemäß Artikel 7 der Verordnung [LTV] berücksichtigt wurde, von der Menge abgezogen, die dem Mitgliedstaat für die Übertragung an einen anderen Mitgliedstaat oder zum "Banking" gemäß den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels zur Verfügung steht.
- (5) [...]

Artikel 11a

Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen

- (1) Übersteigen in einem Mitgliedstaat die Gesamtemissionen den nach dieser Verordnung verbuchten Abbau in den Flächenverbuchungskategorien nach Artikel 2, so kann dieser Mitgliedstaat die Flexibilitätsregelung für bewirtschaftete Waldflächen in Anspruch nehmen, um Artikel 4 einzuhalten.
- (2) Fällt das Ergebnis der Berechnung gemäß Artikel 8 Absatz 1 positiv aus, so ist der betreffende Mitgliedstaat berechtigt, diese Emissionen auszugleichen, sofern
- a) der Mitgliedstaat in seine langfristige Strategie zur Emissionsminderung, die er gemäß [Artikel 14] der Verordnung [EU xxxx¹⁹] vorgelegt hat, die laufenden oder geplanten konkreten Maßnahmen zur Erhaltung oder gegebenenfalls Verbesserung von Senken und Speichern aus Wäldern bis spätestens 2050 aufgenommen hat und
- b) die Gesamtemissionen in der Union den Abbau in den in Artikel 2 genannten Kategorien der Flächenverbuchung in dem Zeitraum, in dem der Mitgliedstaat den Ausgleich in Anspruch nehmen möchte, nicht übersteigen. Bei der Bewertung, ob die Gesamtemissionen in der Union den Abbau übersteigen, stellt die Kommission sicher, dass Doppelzählungen vermieden werden.

¹⁹ Bezugnahme auf die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates [über das Governance-System der Energieunion] einfügen.

- (3) [...] Für die Menge des Ausgleichs gilt Folgendes:
- a) Der betreffende Mitgliedstaat darf einen Ausgleich nur für eine als Emissionen verbuchte Senke gegenüber dem Referenzwert für Waldflächen in Anspruch nehmen und
 - b) nur bis zur Höchstmenge des Ausgleichs, der für diesen Mitgliedstaat in Anhang VII für den Zeitraum 2021-2030 festgelegt ist. [...]

Artikel 12

Compliance-Kontrollen

- (1) Bis zum 15. März 2027 und bis zum 15. März 2032 legen die Mitgliedstaaten der Kommission einen Compliance-Bericht vor, der Folgendes enthält:
- a) [...] die Bilanz der Gesamtemissionen und des Gesamtabbaus [...] für den Zeitraum 2021-2025 bzw. für den Zeitraum 2026-2030 für die einzelnen in Artikel 2 spezifizierten Kategorien für die Flächenverbuchung unter Anwendung der in dieser Verordnung festgelegten Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften und
 - b) gegebenenfalls Einzelheiten zu der Absicht, die Flexibilitätsregelungen und die diesbezüglichen Mengen in Anspruch zu nehmen.
- (2) Die Kommission führt eine umfassende Überprüfung der Compliance-Berichte durch, um die Einhaltung des Artikels 4 zu beurteilen.
- (2a) Die Kommission erstattet im Jahr 2027 für den Zeitraum 2021-2025 und im Jahr 2032 für den Zeitraum 2026-2030 für jede der in Artikel 2 aufgeführten Flächenverbuchungskategorien Bericht über die gesamten Emissionen und den gesamten Abbau von Treibhausgasen in der Union, die sich aus der Berechnung der gesamten gemeldeten Emissionen und des gesamten gemeldeten Abbaus für den betreffenden Zeitraum abzüglich des Produkts aus der Multiplikation der durchschnittlichen gemeldeten Jahresemissionen und des durchschnittlichen gemeldeten Jahresabbaus im Zeitraum 2000-2009 in der Union mit dem Faktor fünf ergeben.
- (3) Im Einklang mit ihrem Jahresarbeitsprogramm wird die Kommission bei der Durchführung des Überwachungs- und Compliance-Rahmens gemäß diesem Artikel von der Europäischen Umweltagentur unterstützt.

Artikel 13

Register

- (1) Die Kommission [...] erlässt gemäß Artikel 14 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung der vorliegenden Verordnung, um die Mengen der Emissionen und des Abbaus bei jeder Kategorie für die Flächenverbuchung in jedem Mitgliedstaat zu erfassen und [...] dafür zu sorgen, dass bei der Anwendung der Flexibilitätsregelungen gemäß den Artikeln 11 und 11a der vorliegenden Verordnung die Verbuchung durch das gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 eingerichtete Unionsregister korrekt vorgenommen wird.
- (1a) Der Zentralverwalter kontrolliert automatisch jede Transaktion gemäß dieser Verordnung und blockiert erforderlichenfalls Transaktionen, um Unregelmäßigkeiten vorzubeugen. [...]
- (2) [...] Die Angaben gemäß den Absätzen 1 und 1a werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Artikel 14

Ausübung der Befugnisübertragung

- (1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.
- (2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß [...] Artikel 3 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 6, [...] Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 13 Absatz 1 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums. [...]

- (3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 3 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 6, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 13 Absatz 1 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.
- (4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen, im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen.
- (5) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.
- (6) Ein delegierter Rechtsakt, der [...] nach Artikel 3 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 6, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 13 Absatz 1 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben hat oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.

Artikel 14a

Ausschussverfahren

- (1) Die Kommission wird von dem mit der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 eingesetzten Ausschuss für Klimaänderung unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

- (3) Gibt der Ausschuss keine Stellungnahme ab, so erlässt die Kommission den Durchführungsrechtsakt nicht und Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 findet Anwendung.

Artikel 15

Überprüfung

- (1) Die Bestimmungen dieser Verordnung werden unter Berücksichtigung unter anderem der Veränderungen der nationalen Gegebenheiten, der internationalen Entwicklungen und der Anstrengungen, die zur Verwirklichung der langfristigen Ziele des Übereinkommens von Paris unternommen werden, fortlaufend überprüft.
- (2) Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament und dem Rat [...] innerhalb von sechs Monaten nach jeder im Rahmen des Artikels 14 des Übereinkommens von Paris vereinbarten weltweiten Bestandsaufnahme über die Durchführung dieser Verordnung, deren Beitrag zu dem übergeordneten [...] Unionsziel der Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2030 sowie deren Beitrag zu den Zielen des Übereinkommens von Paris, insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit zusätzlicher Unionsstrategien und -maßnahmen, damit die Union und ihre Mitgliedstaaten die erforderlichen Treibhausgasemissionsminderungen verwirklichen können; sie kann gegebenenfalls Vorschläge unterbreiten.

Artikel 16

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013

Die Verordnung (EU) Nr. 525/2013 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 7 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Folgender Buchstabe [...] wird eingefügt:

"da) ab 2023 ihre in den Geltungsbereich des Artikels 2 der Verordnung [LULUCF] fallenden Emissionen und ihren darunter fallenden Abbau im Einklang mit den in Anhang IIIa dieser Verordnung dargelegten Methoden;"

b) folgender Unterabsatz wird eingefügt:

"Ein Mitgliedstaat kann eine Ausnahme von Absatz 1 Buchstabe da beantragen, um eine andere Methode als die in Anhang IIIa angegebene anwenden zu können, wenn die erforderliche Verbesserung der Methode nicht rechtzeitig erreicht werden konnte, um in den Treibhausgasinventaren für den Zeitraum 2021-2030 berücksichtigt zu werden, oder die Kosten für die Verbesserung der Methode im Vergleich zum Nutzen, die die Anwendung der betreffenden Methode zwecks Verbesserung der Verbuchung von Emissionen und des Abbaus aufgrund der Geringfügigkeit der Emissionen und des Abbaus aus den betreffenden Kohlenstoffspeichern bieten würde, unverhältnismäßig hoch wären. Mitgliedstaaten, die die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen wollen, reichen bei der Kommission bis zum 31. Dezember 2020 einen begründeten Antrag mit einem Zeitplan für die Umsetzung der Verbesserung der Methode und/oder die Vorstellung der alternativen Methode sowie mit einer Bewertung der möglichen Auswirkungen auf die Genauigkeit der Verbuchung ein. Die Kommission kann verlangen, dass innerhalb einer bestimmten angemessenen Frist zusätzliche Informationen vorgelegt werden. Hält die Kommission den Antrag für begründet, so erteilt sie die Ausnahmegenehmigung. Wird der Antrag abgelehnt, muss die Kommission ihre Entscheidung begründen."

2. In Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe c wird folgende Ziffer [...] angefügt:

"ix) ab 2023 Informationen über die nationalen Strategien und Maßnahmen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Verordnung [LULUCF] durchgeführt haben, sowie Informationen über geplante zusätzliche nationale Strategien und Maßnahmen, mit denen über ihre Verpflichtungen aus dieser Verordnung hinaus Treibhausgasemissionen begrenzt oder Senken vergrößert werden sollen;"

3. In Artikel 14 Absatz 1 wird folgender Buchstabe [...] angefügt:

"bb) ab 2023 Gesamtprognosen für Treibhausgase und separate Schätzungen für die unter die Verordnung [LULUCF] fallenden prognostizierten Emissionen und den unter diese Verordnung fallenden Abbau von Treibhausgasen,"

4. Der folgende Anhang IIIa wird eingefügt:

"Anhang IIIa

Methoden zur Überwachung und Berichterstattung gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe da
Ansatz 3: Geografisch explizite Daten über Umwandlungen bei der Landnutzung im Einklang
mit den IPCC-Leitlinien für nationale Treibhausgasinventare von 2006.

Tier-1-Methode im Einklang mit den IPCC-Leitlinien für nationale Treibhausgasinventare
von 2006.

Bei den Emissionen und dem Abbau für einen Kohlenstoffspeicher, auf den mindestens 25-
30 % der Emissionen oder des Abbaus in einer Quellen- oder Senkenkategorie entfallen, die
im nationalen Inventarsystem des Mitgliedstaats als vorrangig eingestuft ist, weil die
diesbezüglichen Schätzungen hinsichtlich des absoluten Niveaus der Emissionen und des
Abbaus von Treibhausgasen, der Emissions- und Abbautrends oder der Unsicherheit bei den
Emissionen und dem Abbau in den einzelnen Landnutzungskategorien einen erheblichen
Einfluss auf den Gesamtbestand von Treibhausgasen eines Landes hat: mindestens
Tier-2-Methode im Einklang mit den IPCC-Leitlinien für nationale Treibhausgasinventare
von 2006.

Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, die Tier-3-Methode [...] im Einklang mit den
IPCC-Leitlinien für nationale Treibhausgasinventare von 2006 [...] anzuwenden."

Artikel 16a

Änderung des Beschlusses Nr. 529/2013/EU

Im Beschluss Nr. 529/2013/EU werden Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 1 und Artikel 6 Absatz 4
gestrichen.

Artikel 17

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am [...]

Im Namen des Europäischen Parlaments *Im Namen des Rates*

Der Präsident

Der Präsident

Anhang I: Treibhausgase und Kohlenstoffspeicher

A. Treibhausgase gemäß Artikel 2:

- a) Kohlendioxid (CO₂);
- b) Methan (CH₄);
- c) Distickstoffoxid (N₂O),

ausgedrückt in Tonnen CO₂-Äquivalent, bestimmt gemäß der Verordnung (EU) Nr. 525/2013.

B. Kohlenstoffspeicher gemäß Artikel 5 Absatz 4:

- a) oberirdische Biomasse,
- b) unterirdische Biomasse,
- c) Streu,
- d) Totholz,
- e) organischer Kohlenstoff im Boden,
- f) bei aufgeforsteten Flächen und bewirtschafteten Waldflächen: Holzprodukte.

Anhang II: Mindestwerte für Flächengröße, Beschirmung und Baumhöhe [...]

Mindestwerte für Flächengröße, Beschirmung und Baumhöhe			
Mitgliedstaat	Fläche (ha)	Beschirmung (in %)	Baumhöhe (in m)
Belgien	0,5	20	5
Bulgarien	0,1	10	5
Kroatien	0,1	10	2
Tschechische Republik	0,05	30	2
Dänemark	0,5	10	5
Deutschland	0,1	10	5
Estland	0,5	30	2
Irland	0,1	20	5
Griechenland	0,3	25	2
Spanien	1,0	20	3
Frankreich	0,5	10	5
Italien	0,5	10	5
Zypern	<u>0,3</u>	<u>10</u>	<u>5</u>
Lettland	0,1	20	5
Litauen	0,1	30	5
Luxemburg	0,5	10	5
Ungarn	0,5	30	5
Malta	<u>1,0</u>	<u>30</u>	<u>5</u>
Niederlande	0,5	20	5
Österreich	0,05	30	2
Polen	0,1	10	2

Portugal	1,0	10	5
Rumänien	0,25	10	5
Slowenien	0,25	30	2
Slowakei	0,3	20	5
Finnland	0,5	10	5
Schweden	0,5	10	5
Vereinigtes Königreich	0,1	20	2

[...]

**Anhang III: Basisjahre für die Berechnung
der Obergrenze gemäß Artikel 8 Absatz 2²⁰**

Mitgliedstaat	Basisjahr
Belgien	1990
Bulgarien	1988
Kroatien	1990
Tschechische Republik	1990
Dänemark	1990
Deutschland	1990
Estland	1990
Irland	1990
Griechenland	1990
Spanien	1990
Frankreich	1990
Italien	1990
Zypern	<u>1990</u>
Lettland	1990
Litauen	1990
Luxemburg	1990
Ungarn	1985-87
Malta	<u>1990</u>
Niederlande	1990
Österreich	1990
Polen	1988

²⁰ Streichung von Anhang III abhängig von der gewählten Alternative einer Obergrenze basierend auf der Waldfläche gemäß Artikel 8 Absatz 2.

Portugal	1990
Rumänien	1989
Slowenien	1986
Slowakei	1990
Finnland	1990
Schweden	1990
Vereinigtes Königreich	1990

[...]

Anhang IV: Nationaler Anrechnungsbericht [...] für die Forstwirtschaft mit aktualisierten Referenzwerten für Wälder des betreffenden Mitgliedstaats

A. Kriterien und Leitlinien für die Bestimmung der Referenzwerte für Wälder

Die Referenzwerte der Mitgliedstaaten für Wälder werden nach folgenden Kriterien bestimmt:

- a) Die Referenzwerte müssen im Einklang stehen mit dem Ziel, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken zu erreichen, einschließlich der Steigerung des potenziellen Abbaus bei alternden Waldbeständen, die sich andernfalls zu immer stärker abnehmenden Senken entwickeln könnten;
- b) die Referenzwerte gewährleisten, dass die alleinige Tatsache, dass Kohlenstoffbestände vorhanden sind, nicht in die Anrechnung einfließt;
- c) die Referenzwerte sollten eine solide, glaubwürdige Anrechnung gewährleisten, damit sichergestellt ist, dass Emissionen aus und der Abbau durch Biomasse ordnungsgemäß angerechnet werden;
- d) die Referenzwerte schließen den Kohlenstoffspeicher von Holzprodukten ein, sodass ein Vergleich zwischen der Annahme der sofortigen Oxidation und der Anwendung der Zerfallsfunktion erster Ordnung und von Halbwertszeiten möglich ist;
- e) die Referenzwerte sollten im Einklang stehen mit dem in der EU-Forststrategie verankerten Ziel eines Beitrags zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, den nationalen Forstpolitiken der Mitgliedstaaten und der Biodiversitätsstrategie der EU;
- ea) **die Referenzwerte sollten gegebenenfalls der Besetzung von Hoheitsgebiet sowie Kriegszeiten und Nachkriegszeiten, die sich auf die Waldbewirtschaftung im Bezugszeitraum auswirken, Rechnung tragen;**

- f) die Referenzwerte müssen mit den nationalen Prognosen der anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken übereinstimmen, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 gemeldet werden;
- g) die Referenzwerte müssen mit den Treibhausgasinventaren und einschlägigen historischen Daten übereinstimmen und auf transparenten, vollständigen, kohärenten, vergleichbaren und genauen Informationen beruhen. Das Modell, nach dem der Referenzwert bestimmt wurde, muss namentlich in der Lage sein, historische Daten aus dem nationalen Treibhausgasinventar wiederzugeben.

[...]

B. Angaben des nationalen Anrechnungsberichts für die Forstwirtschaft

Der gemäß Artikel 8 dieser Verordnung übermittelte nationale Anrechnungsbericht für die Forstwirtschaft enthält die folgenden Angaben:

- a) Eine allgemeine Beschreibung, wie der Referenzwert zustande kam, und eine Beschreibung, wie den Kriterien dieser Verordnung Rechnung getragen wurde;
- b) Angaben zum Kohlenstoffspeicher und zu den Treibhausgasen, die in den Referenzwert eingeflossen sind, und die Gründe für die Nichteinbeziehung eines Kohlenstoffspeichers in die Festlegung des Referenzwerts sowie den Nachweis der Kohärenz der in den Referenzwert einbezogenen Speicher;
- c) eine Beschreibung der Konzepte, Methoden und Modelle (mit Zahlenangaben), die für die Festlegung des Referenzwerts herangezogen wurden und die mit dem zuletzt vorgelegten nationalen Inventarbericht und den Nachweisen zur nachhaltigen Forstbewirtschaftungspraxis und -intensität sowie angenommenen nationalen Strategien übereinstimmen;

[...]

- d) Angaben, wie sich die Holzeinschlagsraten je nach PolitikszENARIO voraussichtlich entwickeln;

- e) eine Beschreibung, wie jeder der folgenden Aspekte bei der Festlegung des Referenzwerts beachtet wurde:
1. bewirtschaftete Waldfläche,
 2. Emissionen aus Wäldern und Holzprodukten und Abbau durch Wälder und Holzprodukte gemäß den Treibhausgasinventaren und einschlägigen historischen Daten,
 3. Merkmale des Waldes (dynamische altersbezogene Merkmale des Waldes, Zuwachs, Umtriebszeiten und andere Angaben zu Forstbewirtschaftungstätigkeiten im Rahmen des "Business-as-usual"-Szenarios),
 4. historische und künftige Holzeinschlagsraten, aufgeschlüsselt nach energetischer und nichtenergetischer Nutzung.

Anhang V: Zerfallsfunktion erster Ordnung und Standard-Halbwertszeit bei Holzprodukten

Methodische Probleme

- Kann nicht zwischen Holzprodukten aus aufgeforsteten Flächen und solchen aus bewirtschafteten Waldflächen differenziert werden, kann ein Mitgliedstaat entscheiden, bei der Anrechnung von Holzprodukten die Annahme zugrunde zu legen, dass die Emissionen und der Abbau durchweg auf bewirtschafteten Waldflächen stattfanden.
- Bei Holzprodukten auf Abfalldeponien und Holzprodukten, die zu energetischen Zwecken gewonnen wurden, erfolgt die Anrechnung auf Basis der sofortigen Oxidation.
- Eingeführte Holzprodukte werden unabhängig von ihrer Herkunft nicht durch den Einfuhrmitgliedstaat angerechnet (Produktionsansatz).
- Für ausgeführte Holzprodukte beziehen sich die länderspezifischen Daten auf die länderspezifischen Halbwertszeiten und die Verwendung der Holzprodukte im Einfuhrland.
- Die länderspezifischen Halbwertszeiten von Holzprodukten, die in der Union in **Verkehr** gebracht werden, sollten nicht von denen abweichen, die der Einfuhrmitgliedstaat verwendet.
- Die Mitgliedstaaten können, ausschließlich zu Informationszwecken, auch Daten darüber vorlegen, welcher Anteil des für energetische Zwecke genutzten Holzes von außerhalb der Union eingeführt wurde und aus welchen Ursprungsländern das Holz stammte.

Die Mitgliedstaaten können anstelle der Methoden und Standard-Halbwertszeiten gemäß diesem Anhang länderspezifische Methoden und Halbwertszeiten verwenden, sofern diese Methoden und Werte auf der Basis transparenter und überprüfbarer Daten bestimmt werden und die verwendeten Methoden mindestens so detailliert und genau sind wie die in diesem Anhang angegebenen Methoden.

Zerfallsfunktion erster Ordnung, wie in den jüngsten IPCC-Leitlinien beschrieben, beginnend mit $i = 1900$ bis zum aktuellen Jahr:

[...]

Standard-Halbwertszeiten:

"Halbwertszeit" ist die Anzahl Jahre, die nötig ist, um die Menge an Kohlenstoff in einer Kategorie von Holzprodukten auf die Hälfte des Anfangswerts abzubauen. Standard-Halbwertszeiten (HL):

- (a) 2 Jahre für Papier
- (b) 25 Jahre für Holzwerkstoffe
- (c) 35 Jahre für Schnittholz.

Die Mitgliedstaaten können diese Kategorien um Informationen über Rinde ergänzen, sofern die verfügbaren Daten transparent und überprüfbar sind. Die Mitgliedstaaten können ferner länderspezifische Unterkategorien all dieser Kategorien verwenden.

Anhang VI: Berechnung der Grundbelastung durch natürliche Störungen

1. Für die Berechnung der Grundbelastung sind die folgenden Angaben zu übermitteln:
 - a) historische Werte der durch natürliche Störungen freigesetzten Emissionen;
 - b) Art(en) der in die Schätzung einbezogenen natürlichen Störung;
 - c) Schätzungen der jährlichen Gesamtemissionen für diese Arten natürlicher Störungen für den Zeitraum 2001-2009, aufgeschlüsselt nach den Kategorien für die Flächenverbuchung;
 - d) Nachweis der Kohärenz der Zeitreihen bei allen einschlägigen Parametern, einschließlich Mindestfläche, Methoden der Emissionsschätzung, Abdeckung der Speicher und Gase.

2. Die Grundbelastung wird als das Mittel der Zeitreihe 1997-2016 ohne die Jahre berechnet, in denen anomale Emissionswerte erfasst wurden, d. h. ohne jedweden statistischen Ausreißer. Statistische Ausreißer werden wie folgt ermittelt:

- a) Berechnung des arithmetischen Mittelwerts und der Standardabweichung der vollständigen Zeitreihe 1997-2016;
- b) Ausschluss aller Jahre aus der Zeitreihe, in denen die jährlichen Emissionen außerhalb der doppelten Standardabweichung vom Mittelwert liegen;
- c) erneute Berechnung des arithmetischen Mittelwerts und der Standardabweichung der Zeitreihe 1997-2016 ohne die gemäß Buchstabe b ausgeschlossenen Jahre;
- d) Wiederholung der Verfahren gemäß den Buchstaben b und c, bis keine Ausreißer mehr zu erkennen sind.

3. Nachdem die Grundbelastung gemäß Punkt 2 berechnet wurde, kann, wenn in einem gegebenen Jahr in den Zeiträumen 2021-2025 und 2026-2030 die Emissionen die Grundbelastung zuzüglich einer Marge überschreiten, die die Grundbelastung überschreitende Emissionsmenge im Einklang mit Artikel 10 ausgeschlossen werden. Die Marge entspricht einer Wahrscheinlichkeit von 95 %.

4. Die folgenden Emissionen dürfen nicht ausgeschlossen werden:

- a) Emissionen aus Einschlag- und Schadholzaufbereitungstätigkeiten, die auf diesen Flächen im Anschluss an die natürlichen Störungen stattfanden;
- b) Emissionen aus traditionellem Abbrennen, das auf diesen Flächen in dem betreffenden Jahr des Zeitraums 2021 -2025 oder 2026- 2030 stattfand;
- c) Emissionen auf Flächen, die im Anschluss an natürliche Störungen entwaldet wurden.

5. Die Angaben gemäß Artikel 10 Absatz 2 müssen Folgendes umfassen:

- a) Identifizierung aller Landflächen, die in dem betreffenden Jahr aufgrund natürlicher Störungen geschädigt wurden, einschließlich ihrer geografischen Lage, des Zeitraums und der Arten der natürlichen Störungen;
- b) Nachweis, dass im Zeitraum 2021-2025 oder 2026-2030 keine Flächen entwaldet wurden, die aufgrund natürlicher Störungen geschädigt wurden und deren Emissionen aus der Anrechnung ausgeschlossen waren;

- c) Beschreibung der überprüfbaren Methoden und Kriterien, die verwendet werden, um Entwaldungen auf diesen Flächen in den auf den Zeitraum 2021-2025 oder 2026 ~~020~~ folgenden Jahren zu identifizieren;
- d) wo immer machbar, Beschreibung der Maßnahmen, die der Mitgliedstaat zur Vermeidung oder Beschränkung der Auswirkungen der natürlichen Störungen getroffen hat;
- e) wo immer machbar, Beschreibung der Maßnahmen, die der Mitgliedstaat zur Sanierung der aufgrund dieser natürlichen Störungen geschädigten Flächen getroffen hat.

**Anhang VII: Höchstmenge des Ausgleichs im Rahmen der Flexibilitätsregelung
für bewirtschaftete Waldflächen gemäß Artikel 11a Absatz 3 Buchstabe a**

Mitgliedstaat	Gemeldete durchschnittliche Senke aus Waldflächen 2000-2009 in Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent pro Jahr	Obergrenze für den Ausgleich in Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent für den Zeitraum 2021-2030
Österreich	-5,34	-17,1
Belgien	-3,61	-2,2
Bulgarien	-9,31	-5,6
Tschechische Republik	-5,14	-3,1
Zypern	-0,15	-0,03
Deutschland	-45,94	-27,6
Dänemark	-0,56	-0,1
Estland	-3,07	-9,8
Griechenland	-1,75	-1,0
Spanien	-26,51	-15,9
Finnland	-36,79	-44,1
Frankreich	-51,23	-61,5
Kroatien	-8,04	-9,6
Ungarn	-1,58	-0,9
Irland	-0,85	-0,2
Italien	-24,17	-14,5
Litauen	-5,71	-3,4
Luxemburg	-0,49	-0,3
Lettland	-8,01	-25,6
Malta	0,00	0,0
Niederlande	-1,72	-0,3
Polen	-37,50	-22,5
Portugal	-5,13	-6,2
Rumänien	-22,34	-13,4
Schweden	-39,55	-47,5
Slowakei	-5,42	-6,5
Slowenien	-5,38	-17,2
Vereinigtes Königreich	-16,37	-3,3